



BAYERISCHER LANDTAG  
ABGEORDNETER  
SEPP DÜRR  
Bündnis 90/Die Grünen  
Politik, Forschung, Kultur

Dr. Sepp Dürr • Dorfstraße 8 • 82110 Germering

## Strategien gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Bayern

Maximilianeum  
81627 München  
Telefon (089) 41 26-27 33  
Telefax (089) 41 26-14 94  
[sepp.duerr@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:sepp.duerr@gruene-fraktion-bayern.de)

Dorfstraße 8  
82110 Germering  
Telefon (089) 84 05 82 22  
Telefax (089) 84 05 82 24  
[www.sepp-duerr.de](http://www.sepp-duerr.de)  
[info@sepp-duerr.de](mailto:info@sepp-duerr.de)

19.1.2011

Wir Grünen fordern seit Jahrzehnten ein konsequentes und nachhaltiges Eintreten gegen Neonazis, aber auch gegen antidemokratische Kultur und das Ausbreiten von Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der bayerischen Politik und Bevölkerung. Denn unsere Demokratie ist nicht erst dann gefährdet, wenn Gewalttaten von Neonazis öffentliches Aufsehen erregen.

Unsere Gesellschaft befindet sich in einer Umbruchphase. Fast alle spüren, dass wir „so nicht weitermachen“ können, viele empfinden eine existentielle, soziale und kulturelle Bedrohung. Die Entwertung bisheriger Lebensmodelle, Demütigungs-, Ausgrenzungs-, und Abkoppelungserfahrungen und vor allem – das betrifft die Mittelschicht – diesbezügliche Befürchtungen führen zu Orientierungslosigkeit und Angst. Das Bedürfnis nach Sicherheit und vermeintlich einfachen, schnellen Lösungen wächst und damit die Gefahr des Rechtspopulismus.

### I. Antidemokratische Kultur und Ungleichwertigkeitsvorstellungen als Wegbereiter für Rechtspopulisten und Neonazis

Rechtsextreme Einstellungen sind weit in der ‚Mitte‘ von Gesellschaft und Politik verbreitet. Das zeigen verschiedene Studien der letzten Jahre: *Deutsche Zustände* sowie *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* von Wilhelm Heitmeyer; *Bewegung in der Mitte – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008* sowie *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*, von Prof. Elmar Brähler und Dr. Oliver Decker im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). „Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind. Diese äußern sich in einer Affinität zu: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus“ (Brähler/ Decker). Diese Ungleichwertigkeitsvorstellungen haben sie in ihrer Studie in erschreckendem Ausmaß insbesondere in Bayern vorgefunden: Bei 39,1% der Bayern haben sie Ausländerfeindlichkeit, bei 30,4% Chauvinismus, also überhebliches Nationalgefühl, und bei 16,6% Antisemitismus festgestellt.

#### Islamophobie auf dem Vormarsch

Heitmeyer rechnet die feindselige Ablehnung von MuslimInnen, Symbolen und religiösen Praktiken des Islams zum gesellschaftlichen Phänomen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Eine jüngst veröffentlichte Studie der Universität Münster bescheinigt Deutschland einen hohen Grad an *Islamophobie*: 58% der Westdeutschen zeigen negative Haltungen gegenüber MuslimInnen, während die Rate in anderen Ländern zwischen 33-37% liegt. Nur 28% der Westdeutschen befürworten Moscheebauten, während 73% der Portugiesen und auch 55% der Dänen offen dafür sind. Weniger als die Hälfte der Westdeutschen glaubt, dass alle Religionen die gleichen Rechte haben sollten, während in den anderen untersuchten europäischen Ländern bis zu 89% eine Gleichheit vor dem Gesetz begrüßen. Islamophobe Gruppierungen wie Pax Europa oder die Internetplattform „Politically Incorrect“ (PI) verzeichnen Zulauf aus breiten Bevölkerungsschichten.

## II. Neonazis in Bayern: ein begrenztes, aber gefährliches Problem

Rechtsextreme Parteien oder Gruppierungen haben in Bayern bisher kaum an die rechtsextremen Einstellungen in großen Teilen der Bevölkerung anknüpfen können: Die Zahl der Aktiven stagniert, der Einzug in Kommunalparlamente gelingt selten, im „Kampf um die Straße“ setzte es Niederlagen, neonazistische Gewalt ist im deutschlandweiten Vergleich begrenzt. Trotzdem: Für Bayern nennt das Innenministerium allein für die Jahre 2008 bis 2010 (Stand Nov. 2010) 130 durch rechtsextremistische Gewalt verletzte Personen, 151 Gewalttaten, davon 54 ausländerfeindliche und fünf antisemitische Übergriffe. Zusätzlich verzeichnet das Innenministerium jedes Jahr weit über 1500 rechtsextremistisch motivierte Straftaten von Diebstahl und Waffenbesitz, Beleidigung und Nötigung zu Volksverhetzung und Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen. Zudem ist von einer nicht unerheblichen Dunkelziffer auszugehen, da die Polizei Gewalttaten, z.B. gegen Menschen mit Migrationshintergrund, nicht immer als rechtsextremistisch registriert. Das Gewaltpotential liegt laut Verfassungsschutz vor allem bei rechtsradikalen Skinheads und Autonomen Nationalisten. Die Zahl rechtsextrem motivierter Gewalttaten bleibt unerträglich hoch – mit laut „Zeit“ und „Tagesspiegel“ deutschlandweit mindestens 137 Toten seit 1990.

### **NPD und Kameradschaften: das Netzwerk**

In den letzten Jahren ist es der NPD, auch durch die Unterstützung der in Bayern zahlreichen rechtsextremistischen Kameradschaften gelungen, ihre brachliegenden Strukturen wieder aufzubauen. Die Partei ist mit Kreisverbänden, Bezirksvorsitzenden und hauptamtlichem Geschäftsführer, Parteitag und Internetpräsenz in der Fläche gut organisiert. Sie hat derzeit rund 900 Mitglieder im Freistaat. Die bayerische NPD zählt damit neben Sachsen zu den mitgliederstärksten Verbänden Deutschlands. In Nürnberg und München gibt es insgesamt drei Stadträte der NPD-Tarnorganisation „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA). Die Kameradschaft „Freies Netz Süd“ ist in der Lage, rund 800 Neonazis zu mobilisieren wie zuletzt bei einer Demo von Rechtsradikalen in Schweinfurt.

### **Rechte Aufmärsche: traurige ‚Tradition‘ in Bayern**

Von 1988 bis 2005 marschierten die Neonazis in Wunsiedel, zehn Jahre lang malträtierten sie die oberfränkische Gemeinde Gräfenberg mit Aufmärschen am Volkstrauertrag und seit 2006 mit monatlichen Märschen zum Gräfenberger Kriegerdenkmal. Im November riegelte die Polizei große Teile der Münchner Innenstadt wegen des wiederholt in der Landeshauptstadt stattfindenden neonazistischen ‚Heldengedenkmarsches‘ ab. Jeden Monat ziehen in bayerischen Städten und Gemeinden Rechtsextremisten aus dem Kreis der NPD oder des "Freien Netz Süd“ auf. Wirklich besorgniserregend sind Drohungen von Neonazis gegen Mitglieder von Bürgerinitiativen, Bürgermeister oder andere, die sich ihnen entgegenstellen. Gräfenberg ist kein Einzelfall: Auch in Coburg und Neumarkt sind Personen bedroht worden.

### **„Braune Brüder“ und „Stiefeljungs“: Musikszene in Bayern**

Bayern hat eine rege rechtsextremistische Musikszene: Bands mit eindeutigen Namen wie „Faustrecht“, „Burning Haften“, „Braune Brüder“, „White Rebell Boys“, „Feldherren“ oder „Stiefeljungs“, regelmäßige Konzerte und deren Ankündigung über das Internet, Versandhandel, Szeneläden und Aufnahmestudios. Auch hier dient das „Freie Netz Süd“ als Vernetzungsplattform. Auf dem „Franken-Tag“ der NPD in Bayern findet die rechtsextremistische Musikszene regelmäßig ein Forum. Mit ihren „Schulhof-CDs“ versucht die NPD Jugendliche für sich zu gewinnen. Erst im September 2010 warnte München vor der neuen Version „Freiheit statt BRD“.

## III. Bayerische Verhältnisse: Von bösen Extremisten und der guten Mitte

Statt wie bisher Front gegen den Rechtsextremismus zu machen, setzen Staats- wie Bundesregierung in letzter Zeit auf einen Strategiewechsel: Rechts- und Linksextremismus gelten gleichermaßen als Feinde der Demokratie, gegen Rechtsextremismus darf nur kämpfen, wer sich zuvor von Linksextremismus distanziert. Als Schwelle, die nicht überschritten werden darf und bei der sich die Regierung zum Handeln gezwungen sieht, gilt Gewalt.

Diese „Extremismus-Theorie“ hat Folgen: Die weite Verbreitung menschenverachtender Einstellungen und deren Alltagsfolgen für Opfer von Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit werden ignoriert, Rechtsextremismus verharmlost, die „Gefahr durch Links“ übersteigert und die Angst vor „unordentlichen“, von „bürgerlichen“ abweichenden Verhaltensmustern geschürt: „links-alternative“ Jugendliche, AktivistInnen oder DemonstrantInnen gegen Rechts werden ausgegrenzt. Aber wer Rechts mit „Ordnung“ und Links mit „Chaos“ verbindet, sitzt bereits einer rechtsradikalen Ideologie auf. Ein prägnantes Beispiel dafür ist die Diffamierung der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. durch den Innenminister, der den preisgekrönten Verein im Verfassungsschutzbericht zwei Jahre lang als linksextremistische Organisation in Misskredit brachte. Der Verein klagt mit ersten Teilerfolgen. Die „Extremismus-Theorie“ dient den Parteien bzw. PolitikerInnen als Entlastung, die sich selbst in dieser Mitte sehen und aus je parteitaktischer Motivation rechtsextreme Einstellungen salonfähig machen, bedienen und verbreiten.

### **CSU-Doppelstrategie: Nazis bekämpfen, rechtsextreme Muster bestätigen**

Die Extremismus-Theorie dient Parteien wie der CSU dazu, sich selbst als „politische Mitte“ zu verorten und andere Parteien tendenziell an die Ränder zu drücken. Jede erzwungene Distanzierung von Rechtsaußen begleitet sie rituell mit der Verurteilung des Linksextremismus, um ihr die inhaltliche („einseitige“) Schärfe zu nehmen und den Abstand nach Links zu wahren. So verschiebt sie „die Mitte“ nach rechts. Seit Stoiber als Innenminister mit einer gezielten Doppelstrategie gegen Schönhubers „Republikaner“ vorging, agiert die CSU rücksichtslos nach dem Muster: einerseits harte Abgrenzung gegen Nationalsozialismus und rechtsradikale Parteien sowie staatstragendes, offizielles Tabu des Antisemitismus, andererseits Aufweichung gegen rechtsradikale Inhalte, also Propaganda von Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Hetze gegen „Ausländer“, „Islamisten“ oder „Sozialschmarotzer“, sowie Verfestigung autoritärer und antidemokratischer Muster, also Hetze gegen „linke Chaoten“, Ruf nach dem „starken Staat“, „Aufräumen“ und „Durchgreifen“.

## **IV. Rechtspopulismus ante portas**

Der „klassische“ Rechtsextremismus ist europaweit auf dem Rückzug. Andererseits sind in fast allen Ländern Europas die Rechtspopulisten weiter auf dem Vormarsch und zum Teil bereits in der Regierung. Sie spielen erfolgreich auf der Klaviatur verankerter Ungleichwertigkeitsvorstellungen, insbesondere antiislamischer Vorurteile. Es steht zu befürchten, dass auch in Deutschland eine rechtspopulistische Partei zum europäischen „Normalfall“ werden könnte.

Rechtspopulisten teilen die Bevölkerung in zwei Teile: „das Volk“ und „die abgehobenen Politiker“. Das „einfache“ Volk ist eine Einheit, es gibt ein vorgegebenes Gemeinwohl, den Volkswillen schlechthin. Gesellschaftliche Spaltungen werden erst durch Parteien verursacht. Rechtspopulisten kennen natürlich den Willen des Volkes und sprechen ihn als einzige aus.

Wo sich der Rechtspopulismus etabliert, vergiftet er das politische Klima, untergräbt den Rechtsstaat, spaltet die Gesellschaft, grenzt Teile der Bevölkerung aggressiv aus und entwertet die politische Argumentationskultur, die Voraussetzung des dringend notwendigen ökologisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Aufbruchs ist.

### **Fall Sarrazin als Krisensymptom: Es wird abgerechnet**

Sarrazin bekommt so viel Aufmerksamkeit nicht wegen Fehlern der Integrations- und Bildungspolitik, sondern weil das politische Klima nach Aufregern schreit. Sarrazin spricht die Leistungs- und Gerechtigkeitsfrage an: Wer nutzt die Gesellschaft aus? Wir leben in der Zeit der Rechnungen und damit der Abrechnungen. Sündenböcke werden gesucht. Aber Politik beginnt erst, wenn nicht Schuldige, sondern Ursachen gesucht werden und Lösungen. Erfolgreich sind Rechtspopulisten, wenn es ihnen gelingt, diffuse Stimmungen aufzugreifen, Sündenböcke zu benennen und die politische Debatte so zu emotionalisieren, dass eine sachliche Diskussion unmöglich wird. Sie versprechen einfache Lösungen für schwierige Probleme. Der Klassiker: „Ausländer“ sind schuld an Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Ungerechtigkeit. Gezielte „Tabubrüche“ bringen Schlagzeilen, helfen, sich von den „abgehobenen Altparteien“ abzugrenzen und bringen diese als Kartell von Leugnern der „Wahrheit“ in Gegensatz zum „Volk“.

### **Regierung Seehofer: Spiel mit dem Feuer**

Auch unter Seehofer hält die CSU am „bewährten“ Muster fest: Die CSU will künftig in der Kriminalstatistik nicht nur die Staatsangehörigkeit, sondern auch die Herkunft von Tätern erfassen, denn die Ausländerkriminalität habe abgenommen, weil Ausländer formal Deutsche geworden seien. Im Anschluss an Sarrazin hat auch der bayerische Innenminister eine Prognose zur Bevölkerungsentwicklung missbraucht: Weil der Ausländeranteil steige, werde die Kriminalität steigen. Ob Hadert-hauer Stimmung auf Kosten von Flüchtlingen macht oder der zweite Bürgermeister von Regensburg gegen einen Vater wettet, der den Anspruch auf weltanschauliche Neutralität des Staates in der Schule seines Sohnes verwirklicht sehen möchte: Die rechtspopulistische Strategie ist immer die gleiche: Die diffuse Angst vor einer heterogenen Gesellschaft und ihren Herausforderungen wird aufgegriffen, Sündenböcke benannt und die politische Debatte so emotionalisiert, dass eine sachliche Diskussion unmöglich wird.

## **V. Grüne Strategien gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus**

Nazis sind ein unerträglicher Missstand – auch ihrer Opfer wegen. Ihre strafrechtliche Verfolgung und die zivilgesellschaftliche Konfrontation bleiben Daueraufgabe. Zugleich müssen wir stärker als bisher die rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung selbst und die Prävention gegen rechtspopulistische Organisationsbestrebungen in den Mittelpunkt unserer Aktivitäten rücken.

Wir fordern:

- eine Selbstverpflichtung der im Landtag vertretenen Parteien, antidemokratische, rassistische, menschenverachtende Begriffe und Sprachmuster („die Ausländer“, „die“ Muslime) zu ächten, eine klare politische Haltung ihrer Mitglieder gegenüber Nazis einzufordern, in ihre politische Bildungsarbeit die Akzeptanz von Dissens und die Auseinandersetzung mit den Elementen der Naziideologie aufzunehmen;
- die Kommunen auf, dissidenten Gruppen von Jugendlichen in ihren Gemeinwesen Platz und Ausdrucksmöglichkeiten zu schaffen sowie selbstverwaltete und partizipative Angebote zu unterstützen, Maßnahmen durchzuführen, die dem Empowerment von Betroffenen und Opfern der Nazis dienen, sich öffentlich mit den Opfern von Nazis zu solidarisieren, sowie den öffentlichen Personennahverkehr so zu verbessern, dass es im ländlichen Raum lebenden Menschen ermöglicht wird, am gesellschaftlichen Leben jenseits des engen Rahmens ihres Gemeinwesens teilzunehmen;
- die kommunalen Verwaltungsspitzen in der Auseinandersetzung mit Nazis durch Fortbildungsangebote und den Transfer von Modellprojekten zu unterstützen;
- die Entwicklung wissenschaftlicher Konzepte zu fördern, die sich nicht auf den Bereich der Jugendarbeit beschränken, mit dem Ziel, über Erwachsenen- und betriebliche Weiterbildung, sowie über die außerschulische Bildungsarbeit in gesellschaftliche Regelstrukturen wie Ausbildung, berufliche Tätigkeit und Freizeitorganisation (Vereine, Verbände) hineinzuwirken, sowie Anreize für die Umsetzung solcher Konzepte zu setzen;
- die politische Bildungsarbeit zu stärken;
- das pädagogische Personal der Bildungseinrichtungen zur Auseinandersetzung mit Nazis (inhaltliche Auseinandersetzung, Durchsetzen von Grenzen) aus- und fortzubilden;
- ein Förderprogramm „Lebendige Demokratie“ aufzulegen, das alle öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen dabei unterstützt, Interesse und Freude an Demokratie zu wecken, u.a. durch die Ausweitung des Projekts „Der Landtag sind wir“ und des Projekts „Schule ohne Rassismus“ auf alle Schulen, eingebettet in ein Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit;
- die Staatsregierung auf, endlich die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rechtsextreme als zentralen Erfolgsfaktor ernst zu nehmen und zu unterstützen;
- die Einleitung eines NPD-Verbotsverfahrens, sobald die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen sind;
- die Erinnerungskultur weiter zu stärken;
- von der exportorientierten Industrie, der Öffentlichkeit und den anderen Parteien Weltoffenheit und Distanzierung von Ungleichwertigkeitspropaganda ein.

Wir machen mit Demokratie ernst:

- Wir erkennen an, dass wir in einer Einwanderungsgesellschaft leben. Alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben, müssen gleichberechtigt in unserer Gesellschaft beteiligt werden. Wir müssen lernen, mit Vielfalt zu leben, auf Grundlage unseres Grundgesetzes. Für Eingewanderte gelten keine anderen Regeln als für uns alle. Wer da ist, ist Teil der Gesellschaft. Wer hier geboren ist, gehört zu uns, ist hier daheim. Wer hier lebt, bestimmt mit. Es gelten Verfassung und Gesetze – und sonst nichts.
- Wir haben es zunehmend mit zwiespältigen Bürgerbewegungen zu tun. Dagegen hilft nur, diese Partizipationsformen ernst zu nehmen und uns intensiv an diesen Debattenformen beteiligen. Im Sinne einer demokratischen Diskussionskultur dürfen wir bei von uns unterstützten Bewegungen keine unrealistischen Ziele oder missionarische Heilsversprechen zulassen
- Nicht ächten, sondern auseinandersetzen: Politik stellt nicht die moralische Frage nach „gut“ und „böse“, sondern nach richtig und falsch. Wer nach Ursachen fragt und Lösungen sucht, muss auf Feindbilder verzichten. Sarrazin abzutun mit einem „Das sagt man nicht. Tut man nicht!“ macht alles noch schlimmer, wenn man nicht auch sagt, warum man das nicht tut. Sonst fühlen sich diejenigen, die auf den Unsinn reinfallen, nur gemäßregelt, ohne zu wissen, was sie falsch gemacht haben. Jeder spürt, dass es falsch ist, wenn man so abgekanzelt wird, also muss offenbar der Unsinn, für den man gemäßregelt wird, wie der von Sarrazin, richtig sein. Um solche Fehlschlüsse zu verhindern, müssen wir über Vorurteile reden und sie nicht einfach begründungslos ächten.
- Wir müssen aber auch darauf achten, keinen rassistischen oder antidemokratischen Äußerungen unwiderrprochen Raum zu geben.
- Wir nehmen die Ängste vieler Menschen ernst und gehen die großen gesellschaftlichen Probleme, die der Populismus instrumentalisiert, direkt an: die großen, wachsenden sozialen Probleme, die die unterste Einkommensschicht, egal ob eingewandert oder nicht, aber auch die untere Mittelschicht betreffen. Die soziale Gerechtigkeit ist auch deswegen gefährdet, weil die gesellschaftlichen Eliten, die Reichen und Wohlhabenden, ihre eigenen Interessen immer rücksichtsloser durchsetzen. Auf der anderen Seite wird das Leistungsideal unserer Gesellschaft, dass individuelle Anstrengungen Erfolg und sozialen Aufstieg garantieren, immer stärker in Frage gestellt. Diese Missstände werden wir nicht länger hinnehmen.

### **Das Bedürfnis nach Heimat: Dazu gehören und gebraucht werden**

Weil wir als Opposition die Ursachen für das Bedürfnis nach Ungleichwertigkeitsvorstellungen kaum korrigieren können, müssen wir kompensieren. Rechtspopulisten mobilisieren starke Emotionen wie Hass, Angst, Stolz, die logische Lücken und Widersprüche überbrücken. Bei den emotionalen Grundbedürfnissen, die der Rechtspopulismus bedient, nämlich Zugehörigkeit und Identität, geht es immer auch um Heimat. Dagegen müssen wir ein Sinn stiftendes Zukunftsbild entwickeln, ein kulturelles Projekt, und Raum schaffen für die zentralen Bedürfnisse: für Selbstwirksamkeit und Zugehörigkeit, für Selbstentfaltung und Identität.

Unsere Demokratie ist für die neuen Anforderungen gesellschaftlicher Vielfalt und individueller Selbstbestimmung nicht ausreichend entwickelt. Demokratie muss im Alltag erfahrbar sein und eingeübt werden – beginnend in Familie, Kindergarten, Schule, Uni, Betrieben, Ämtern und öffentlichen Einrichtungen. Auch als Ausdruck unserer Zusammengehörigkeit, des gemeinsamen Gestaltens, unserer Identität. Die demokratische Auseinandersetzung über unterschiedliche Interessen und Ziele, der politische Raum ist der Ort, an dem wir uns als ein Volk erfahren. Wenn wir also trotz Vielfalt die Gesellschaft zusammenhalten wollen, müssen wir mehr Demokratie wagen.